

GESPRÄCH MIT KARSTEN FISCHER

Europa ist
stärker als gedacht

HILLE HAKER

Gescreente
Neugeborene

KIRSTEN FEHRS

Geschichte
lehrt Zuversicht

80. Jahrgang | März 2026

HERDER KORRESPONDENZ

MONATSHEFT FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

3



Im Bündnisfall

*Franz-Josef Overbeck
zur Neuausrichtung
der Militärseelsorge*

Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Karsten Fischer

„Die EU ist verteidigungsfähig“

Steht die Weltordnung, wie vielfach beschworen, auf dem Kopf? Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Karsten Fischer über Ideologien und die Nüchternheit der Demokratie, Allianzen von Religion und Politik – und Bruce Springsteen. Die Fragen stellte ANNIKA SCHMITZ.

Herr Professor Fischer, beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos hat der kanadische Premierminister Mark Carney in einer viel diskutierten Rede betont, die alte Weltordnung sei an ihr Ende gekommen. Was genau meint diese alte Weltordnung?



Karsten Fischer: Die Bemerkung des kanadischen Premierministers ist uneindeutig. Denn sowohl die Welt des klaren Antagonismus zwischen zwei Blöcken, wie wir sie von 1945 bis 1990 kannten, ist vorbei, als auch die anschließend ausgerufene neue Weltordnung. Sie war von der Hoffnung auf dauerhafte Stabilität, Kooperation und Frieden getragen, endete aber bereits mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem anschließenden „Krieg gegen den Terrorismus“. Seither hat sich keine neue Weltordnung gezeigt, die jetzt erst an ihr Ende gekommen sein könnte. Allenfalls kann der kanadische Premierminister also meinen, dass sich nacheinander verschiedene, höchst unterschiedliche Gewissheiten aufgelöst haben. Das allein kann man natürlich als Ende einer Ordnung und einer Epoche beschreiben. Und vielleicht ist das auch der wichtigste Sinn von Carneys Bemerkung: Dass der Kalte Krieg manchen im Nachhinein vergleichsweise berechenbar, ja sogar verhältnismäßig sicher erscheint, zeigt, wie groß die Verunsicherung ist. Es ist also weniger eine Weltordnung an ihr Ende gekommen als vielmehr eine Orientierung, ein Glauben an das Vorhandensein einer verlässlichen Ordnung. Das sieht man auch daran, dass einige Menschen nicht mehr wissen, wohin sie gehören, wem sie vertrauen und mit wem sie solidarisch sein sollen.

Täuscht der Eindruck, dass Großmächte wie die USA und Russland die Welt derzeit wie auf dem Reißbrett unter sich aufteilen?

Fischer: Herfried Münkler hat 2005 ein hervorragendes Buch mit dem Titel „Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten“ geschrieben. Damals galten die USA noch als freundlicher Hegemon. Doch die USA und die Sowjetunion haben schon seit 1945 die Welt unter sich aufgeteilt – die Sowjetunion expansiv und die USA eindämmend, aber sehr wohl auch auf ihre Einflussphären bedacht. Was sich geändert hat, ist, dass die USA nun auch mit unmittelbar expansiven Zielen liebäugeln, wie jüngst hinsichtlich Grönlands, und dass sie nicht mehr bereit sind, die Kosten der Verteidigung gegen imperiale Ambitionen anderer größtenteils alleine zu schultern. Das war aber auf Dauer auch nie zu erwarten.

ten. Die entscheidende Frage wird sein, ob die USA weiterhin zum freien Welthandel stehen und ihn zu verteidigen bereit sind, wie es immer die Leitlinie ihrer Politik gewesen ist und was auch den globalen Wohlstandszuwachs in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten der Globalisierung ermöglicht hat. Wenn die USA einer globalisierungsfeindlichen, protektionistischen Wirtschaftspolitik verfielen, wäre das die schwerwiegendste Änderung der Weltordnung.

Und Russland?

Fischer: Nach dem Scheitern der imperialen Ambitionen der Sowjetunion hat Russland eine Zeit lang versucht, der Entwicklung Chinas zu folgen und sich friedlich, demokratisch und wohlstandsorientiert in den Weltmarkt zu integrieren. Unter Wladimir Putin ist Russland aber, spätestens mit der Krim-Annexion 2014, zu einer neoimperialen Politik zurückgekehrt. Wenn man das nüchtern in die historischen Zusammenhänge einordnet, relativieren sich aber auch einige der heutigen Besorgnisse. Denn weder hat der amerikanische Präsident die NATO offen infrage gestellt, noch ist sie die einzige antiimperialen Verteidigungsoption. Denn die Europäische Union ist keineswegs vor allem ein bürokratisches Monster. Vielmehr ist sie wirtschaftlich enorm potent und auch verteidigungsfähig. In ihr befindet sich schließlich mit Frankreich eine Nuklearmacht, was gerade mit Blick auf die Abschreckung gegenüber Russland ein wichtiger Faktor ist. Und mit Großbritannien gibt es eine zumindest befreundete und der Europäischen Union dereinst ja vielleicht wieder beitretende weitere Nuklearmacht in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Im Unterschied zu Russland und den USA kann die EU aber nicht mit einer Stimme sprechen. Ist das ein Problem?

Fischer: Natürlich ist ihre Vielstimmigkeit vielfach ein Problem für die EU, und sicherlich muss man sich deshalb auf die von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers entwickelte Idee eines Kerneuropas besinnen. Aber Vielfalt ist auch eine Stärke, und politikwissenschaftlich betrachtet neigen monolithische Blöcke eher zu schlechteren Entscheidungen als diskussionsfreudige, pluralistische Institutionen.

Wie ist es diesbezüglich um das noch komplexere Bündnis der Vereinten Nationen bestellt?



Karsten Fischer

wurde 1967 geboren und ist seit 2010 Professor für Politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Leiter des Voegelin-Zentrums für Politik, Kultur und Religion. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Völkerrecht in Bonn und Frankfurt und wurde 1998 an der Humboldt-Universität Berlin promoviert, wo er sich 2006 auch habilitiert hat. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie und Autoritarismus, Religionspolitik und Politische Psychologie.

Foto: Uta Wagner

Fischer: Die Vereinten Nationen haben mehrere Fundamente: das Völkerrecht, die fachliche Arbeitsebene der vielen spezialisierten Unterorganisationen, das deliberative, verständigungsorientierte, quasi-parlamentarische Gremium der Generalversammlung und die den machtpolitischen Realitäten entsprechende Struktur des Sicherheitsrates mit seinem Vetorecht für die ständigen Mitglieder. Diese in der Tat komplexe Organisation war in der Zeit des Kalten Krieges durch gegenseitige Blockaden im Sicherheitsrat bestimmt, was in den Neunzigerjahren einer umso größeren Euphorie Platz machte, für den die sogenannten Blauhelmissionen stehen. Heutzutage hat die UNO wieder an Durchsetzungskraft eingebüßt. Aber man darf nicht in ein Schwarz-Weiß-Denken verfallen und meinen, sie sei deshalb irrelevant. Schließlich ist es in der internationalen Diplomatie schon viel, wenn man überhaupt miteinander redet.

Wie mächtig sind die Vereinten Nationen, wenn das Völkerrecht doch immer wieder gebrochen wird, wie Donald Trump es zuletzt in Venezuela getan hat?

Fischer: Schon die amerikanische Intervention im Irak im Jahr 2003 war ein Bruch des Völkerrechts. Und die Sowjetunion hat sich 1954 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1979 in Afghanistan auch nicht um das Völkerrecht geschert. Deshalb hat das Völkerrecht aber trotzdem weiter existiert. Problematischer als solche Ereignisse ist, dass nach jedem weiteren Bruch das Völkerrecht als solches infrage gestellt und seine angebliche politische Macht- und Wertlosigkeit beschrieben wird. Aber warum eigentlich? Schließlich wird ständig Recht gebrochen, und gerade deshalb brauchen wir es. Wenn man in den Nachrichten von einem Mord hört, sagt ja auch niemand, damit sei das strafrechtliche Tötungsverbot hinfällig.

Was ist eigentlich Frieden – nur die Abwesenheit von Krieg?

Fischer: Für die gesamte Menschheitsgeschichte lässt sich sagen, was leider auch heute noch gilt: Die Abwesenheit von Krieg ist schon eine sehr große und überhaupt nicht selbstverständliche Errungenschaft. Kalter Krieg ist allemal besser als heißer Krieg. Das ist eigentlich eine Banalität, die angesichts einer verbreiteten Undankbarkeit und Geschichtsvergessenheit trotzdem betont werden muss, obwohl man ja nur in die Ukraine und den Nahen Osten schauen muss, um zu begreifen, wie aktuell sie ist. Trotzdem ist natürlich richtig, dass zum dauerhaften Frieden auch eine Bereitschaft zum Frieden und eine Friedenskultur gehörten.

Wer meint, sich damit begnügen zu können, dass die Waffen schweigen, riskiert, dass sie bald nicht mehr schweigen. Dabei ist insbesondere an Nachkriegsregionen und Nachbürgerkriegsgesellschaften zu denken, in denen es tiefe Traumatisierungen, Frustrationen und Aggressionen gibt, die die Gefahr bergen, dass erneut Gewalt ausbricht, wie bei einem noch schwelenden Feuer, dem man nicht ansieht, ob es verlöscht oder wiederaufflammt, je nachdem, wie trocken und windig es ist.

Um das berühmte Böckenförde-Diktum abgewandelt ins Spiel zu bringen: Wie sehr lebt unsere Welt im politischen Bereich von Werten wie Verlässlichkeit – und was geschieht, wenn sie wegbrechen?

Fischer: Ernst-Wolfgang Böckenförde ging es darum, dass der freiheitlich säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er um seiner Freiheitlichkeit willen nicht selber garantieren darf. Bei Verlässlichkeit beziehungsweise Sicherheit geht es aber ja nicht darum, dass man sie nicht garantieren dürfte. Dass Freiheit nicht gegen Sicherheit ausgespielt werden darf, ist ja ein viel zitierter Satz, der gerne mit Benjamin Franklins Bonmot belegt wird, diejenigen, die wesentliche Freiheiten aufgeben würden, um sich ein wenig vorübergehende Sicherheit zu erkaufen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit. Das gilt aber auch umgekehrt: Freiheit kann es nur geben, Freiheit kann nur wirklich gelebt werden, wenn elementare Sicherheit garantiert ist. Andernfalls gälte der berühmte Songtext von Kris Kristofferson „Freedom's just another word for nothin' left to lose.“ Umso wichtiger ist es, klar zu bestimmen und offen zu kommunizieren, wie sich die Bedingungen von Freiheit und Sicherheit verändert haben. Linke und rechte Globalisierungskritiker tun aus unterschiedlichen Motiven beide so, als gäbe es eine bessere Alternative zur weltweiten Vernetzung und als könnte man sich daraus in eine kleine, vermeintlich heile Welt zurückziehen. Dabei wissen wir, dass wir sowohl die ökologischen Lebensbedingungen als auch unsere Sicherheit und unseren Wohlstand nur schützen können, wenn wir auf internationale Kooperation setzen.

Sind antidemokratische Bewegungen auf Ideologien angewiesen?

Fischer: Ja. Die Demokratie verzichtet auf Ideologiekonstruktion, weil sie weltanschaulich neutral sein und es ihren Bürgerinnen und Bürgern überlassen will, was sie denken, fühlen und wünschen. Niemand muss Götzen anbeten, Glaubenssätze und Treueschwüre aufsagen und in Organisationen mitmachen. Das macht die Demokratie so freiheitlich und lebenswert. Damit ist sie aber eben

auch sehr nüchtern. Es fehlt der Demokratie an begeisternden, herzerwärmenden, verbindenden, großen Gefühlen. Ganz im Gegenteil warnt man in der Demokratie – aus guten Gründen und historischen Erfahrungen! – immer vor den Abgründen solcher Gefühle, in denen man den Verstand verlieren und sich gegen andere Menschen richten kann. Sigmund Freud hat einmal gesagt, es sei immer möglich, eine größere Menge von Menschen in Liebe aneinander zu binden, wenn nur andere für die Äußerung der Aggression übrig bleiben. Damit arbeiten antide-mokratische Bewegungen, die Zusammengehörigkeitsgefühle, Identität und Sinnstiftung anbieten. Die Demokratie für dekadent zu erklären, gehört in das Arsenal solcher Ideologen. Dafür liefert uns Russland derzeit immer neue Belege.

Steht die Corona-Pandemie in einem Zusammenhang mit dem Aufkommen solcher Ideologien?

Fischer: Eindeutige oder gar alleinige Ursachen für geschichtliche Ereignisse zu ermitteln, ist ebenso schwer wie Prognosen abzugeben. Aber mich überzeugt nicht, dass mit der Pandemie etwas kaputtgegangen sein soll, das vorher heil gewesen sein soll. Schließlich war die Seuchenprävention in Deutschland, wie auch in den anderen freiheitlichen Demokratien, größtenteils vernünftig und verhältnismäßig. Kein einziges der von Corona-Leugnern und Impfgegnern verbreiteten Untergangsszenarien ist eingetreten: Es gibt keine Impfschäden, sondern man weiß heute, dass die Covid-Impfung sogar immuntherapeutischen Nutzen in der Tumormedizin haben kann. Es ist auch nicht zu Überwachung oder gar zur Abschaffung der Demokratie gekommen. Auch von Grundrechtsverletzungen kann keine Rede sein, denn das allgemeine Freiheitsrecht aus Artikel 2 des Grundgesetzes gilt nicht absolut und unabhängig von der Fürsorgepflicht für schutzbedürftige Personen. Die Pandemie hatte wohl eher einen Katalysatoreffekt. Denn die Rede von Politikverdrossenheit begleitet uns seit den Neunzigerjahren. Sicher hat die massive Diskreditierung der Demokratie durch die verschiedenen „Covidioten“ aber zur Verbreitung antidemokratischer Ideologien beigetragen, und die entsprechenden Parteien und Bewegungen bemühen sich ja auch tatkräftig, dieses Potenzial für sich zu nutzen.

Bruce Springsteen protestiert mit einem neuen Song gegen die US-amerikanische Einwanderungsbehörde. Können Kunst und Kultur die Herzenswärme schaffen, die die Demokratie nicht bieten kann?

Fischer: Aus dem, was ich gerade über die Bedeutung von Gefühlen und die entsprechenden Schwierigkeiten der auf Vernunft und Besonnenheit setzenden Demokratie gesagt habe, ergibt sich, dass es zur Verteidigung der freiheitlichen Demokratie dringend der Unterstützung aus Musik, Kunst und Literatur bedarf. Denn weder die demokratische Politik selbst noch die Wissenschaft können herzerwärmende, sinnstiftende und verbindende Geschichten erzählen. Das müssen unter den Bedingungen der Postmoderne eher viele kleine Geschichten sein anstelle einer großen Erzählung. Aber das ist ja auch viel plurali-

tätsfreundlicher, unideologischer und also demokratischer. Und Bruce Springsteen steht dafür ja schon sein ganzes Leben lang.

Auch Weltuntergangsszenarien haben Konjunktur. Welche Rolle nehmen apokalyptische Vorstellungen in den Diskursen ein?

Fischer: Die Apokalypse hat immer schon eine Rolle im politischen Denken gespielt. Beispielsweise war es kein Geringerer als Ayatollah Khomeini, der die zuvor apolitische Tradition des schiitischen Islams im Iran beendet hat, indem er in seiner Schrift über die „Treuhänderschaft der religiösen Rechtsgelehrten“ die Frage gestellt hat, ob denn bis zur Wiederkehr des verborgenen zwölften Imams das Chaos auf Erden regieren solle. Auf diese rhetorische Frage hat er geantwortet, dass man stellvertretend die Gesetze Gottes umsetzen müsse. Der Apokalypse sollte sozusagen zugearbeitet werden. Ähnliche Vorstellungen prägen den christlichen Fundamentalismus. Neu ist heute, dass sich die Apokalypse zur Privatideologie bei Einzelnen entwickelt hat, wie zum Beispiel bei Peter Thiel, der sich eine persönliche Eschatologie zusammenfantasiert, was große Wirksamkeit hat, weil er zu jenen „Broligarchen“ gehört, die mit ihrem immensen Privatvermögen

Einfluss auf die amerikanische Politik nehmen.

Gibt es noch Staaten, die statt einer Freiheitsordnung eine religiöse Wahrheitsordnung umzusetzen versuchen?

Fischer: Selbst bei radikal-islamischen Bewegungen stellt sich die Frage, ob die religiöse Ordnung mehr ist als eine Camouflage von weltlichen Machtansprüchen. Ganz sicher aber gilt das für die westliche Welt. Für die USA und für alle Länder des autoritären Populismus, in denen gleichsam eine religiöse Karte gezeichnet wird, ist ziemlich eindeutig, dass es sich hierbei um eine politische Machtstrategie handelt.

Was kann Religion da entgegensetzen?

Fischer: An dieser Frage ist zunächst einmal interessant, dass sie Religion als Widerstandsfaktor gegen autokratische Tendenzen sieht und nicht ihrerseits als autoritäres Element. Das zeigt die positive, demokratieförderliche Entwicklung der Religion in den westlichen Demokratien. Damit sich diese erfreulich konstruktive Tradition der letzten gut 60 Jahre fortsetzt, müssen sich die Religionen genau überlegen, was sie moralisch verantworten können und was in ihrem Eigeninteresse liegt. Und wie schon Ernst-Wolfgang Böckenförde betont hat, ist das der freiheitlich-säkularisierte Staat, der mehr Religionsfreiheit bietet als jede andere Regierungsform in der Geschichte der Menschheit.

Sie haben eben den Iran erwähnt. Das Regime hat jüngst zehntausende regimekritische Demonstranten getötet. Wie wahrscheinlich erscheint Ihnen in absehbarer Zeit ein Machtwechsel?

Fischer: Diktaturen können kippen, wenn auch systemtragende Kräfte, insbesondere der Sicherheitsapparat, auf die Sei-

„Selbst bei radikal-islamischen Bewegungen stellt sich die Frage, ob die religiöse Ordnung mehr ist als eine Camouflage von weltlichen Machtansprüchen.“

te der Demonstrierenden überläuft, weil sie erkennen, dass ein Regimewechsel nötig ist und sie selbst vom System nicht mehr profitieren. Im Iran dürfte aber der Eingriff von außen kurz- und mittelfristig die einzige Option für einen Regimewechsel sein. Auch wenn die USA leisten sollten, was Friedrich Merz treffend als „Drecksarbeit“ bezeichnet hat, darf man aber nicht glauben, dass man anschließend Demokratie einfach so implementieren könnte, wie es nach 1945 in Deutschland und Japan funktioniert hat. Das sehen wir leider in Afghanistan und im Irak. Und es gibt eine weitere Ambivalenz. Denn ein solcher gewaltsamer Regimewechsel wäre natürlich eine weitere Völkerrechtsverletzung, für die man dem amerikanischen Präsidenten, den man gleichzeitig für seine menschenverachtende, autoritäre Innenpolitik kritisiert, gleichwohl applaudieren würde, wie es auch die Menschen in und aus Venezuela nach der Intervention zu Beginn des Jahres getan haben.

Der vollumfängliche Krieg Russlands gegen die Ukraine dauert nun schon vier Jahre. Inwiefern ist Putin auf die russisch-orthodoxe Kirche angewiesen, um seine Ideologie weiterhin zu stützen?

Fischer: Der ehemalige KGB-Agent Putin hat einen ideologischen und politischen Schulterschluss mit der russisch-orthodoxen Kirche unter seinem ehemaligen Agenten-Kollegen Patriarch Kyrill I. vollzogen. Putin macht ihm keine Schwierigkeiten und er dankt es ihm, indem er die Ideologieproduktion des Kremls unterstützt, bis hin zur Unterstützung des Ukrainekrieges und der Unterdrückung der russischen Opposition. Das ist aber nicht nur taktisch motiviert, sondern die Kritik an der angeblichen westlichen Dekadenz ist in der russisch-orthodoxen Kirche seit jeher weit verbreitet.

Das müssen Sie erklären.

Fischer: Die orthodoxen Kirchen leben in der Vorstellung, dass es ein Symphonieprinzip zwischen Kirche und Staat und deshalb auch eine absolute Loyalitätspflicht gebe. Das geht zurück bis in die Patristik bei Eusebius von Caesarea, reicht aber durchgängig bis in die Gegenwart. Dimitrios Kisoudis etwa argumentiert, dass die griechisch-orthodoxe Kirche Vorbehalte gegenüber der EU haben müsse, weil es in ihr liberale Abwehrrechte gegen den Staat gebe, diese aufgrund des Symphonieprinzips aber auch Abwehrrechte gegen Gott und also gotteslästerlich seien. Das ist kein intellektuell hochwertiger Einfall, aber er ist politisch destruktiv.

Von antimodernistischen Tendenzen kann sich die römisch-katholische Kirche, zumindest geschichtlich betrachtet, allerdings auch nicht freisprechen.

Fischer: Ja, aber da gibt es schon einen Unterschied. Denn anders als die katholische Kirche, die immer skeptisch gegenüber dem weltlichen Staat geblieben ist, sind die orthodoxen Kirchen strukturell etatistisch. Der Schritt vom Gottesrecht zum Menschenrecht, den die katholische Kirche laut Rudolf Uertz vollzogen hat, steht ihnen noch bevor.

„Im Iran dürfte aber der Eingriff von außen kurz- und mittelfristig die einzige Option für einen Regimewechsel sein.“

Warum rückt der Faktor Religion im Zeitalter der Säkularisierung wieder so stark in den Fokus?

Fischer: Vielleicht war sie niemals so randständig, wie der westeuropäische Blick es nahegelegt hat. In den USA ist die religiöse Rechte schon in den Siebzigerjahren zu einem einseitigen politischen Akteur geworden. Seinerzeit hat sie sich auf einflussreiche Fernsehprediger gestützt und die Präsidentschaft Ronald Reagans unterstützt. Damit hat sie eine Entwicklung fortgesetzt, die schon rund ein Jahrhundert zuvor begonnen hatte, als mit der Schriftenreihe „The Fundamentals“ begann, was man seither interreligiös als Fundamentalismus bezeichnet und was heute vor allem in Form des auf die Bibel zentrierten, an deren wortwörtliche Richtigkeit glaubenden Evangelikalismus auftritt.

Wenn Religion und Staat so fragwürdige Verbindungen eingehen können, wäre der Laizismus dann nicht das bessere Modell?

Fischer: Nein. Das deutsche religionsverfassungsrechtliche Modell ist im Vergleich zum Laizismus widersprüchlich und überhaupt nicht konsequent. Aber die empirische Bilanz des Laizismus ist keineswegs erfolgreicher. So ist in

der von Mustafa Kemal Atatürk strikt laizistisch ausgerichten Türkei mit der AKP heute eine neofundamentalistische, autoritäre Regierung an der Macht. Und Frankreich steht vor weitaus größeren migrations- und integrationspolitischen Herausforderungen als Deutschland, was in erster Linie der kolonialen Vergangenheit geschuldet ist, vom Laizismus aber auch nicht verbessert worden ist. Cum grano salis kann man sagen, dass so, wie der Atheismus eine Form von Gläubigkeit ist, auch der Laizismus religionspolitisch nicht aufgeklärter und erfolgreicher ist als ein moderater Säkularismus.

Wie hoch schätzen Sie das Potenzial des Vatikans ein, derzeit zwischen politischen Konfliktparteien vermitteln zu können?

Fischer: Das kommt auf die Konfliktparteien an. Der Vatikan ist mit seiner quasi-staatlichen Struktur, die es in der islamischen Welt und im Protestantismus so nicht gibt, durchaus prädestiniert für eine solche Rolle, zumal er unter Franziskus und Leo XIV. eine progressive Rolle eingenommen hat. Das war zu Zeiten von Benedikt XVI. noch anders.

Woran machen Sie das fest?

Fischer: Seine Rede im Bundestag 2011 war von großer Skepsis gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat durchdrungen. Mit seiner zuvor schon vertretenen und im Bundestag nicht wörtlich, aber in der Sache bekräftigten These von der Diktatur des Relativismus hat der damalige Papst einem zutiefst problematischen Argument gedient. Denn nur, weil die Demokratie sich selbst relativiert, kann sie die Ordnung der Freiheit auch für die Religionen sein. Diese Errungenschaft muss unbedingt verteidigt werden. ■